

Die neuen Vereinten Nationen

MADELEINE ALBRIGHT · ROBIN COOK · LAMBERTO DINI
LLOYD AXWORTHY · ANA PALACIO · SURIN PITSUWAN*

Auf ihrer Generalversammlung im Herbst dieses Jahres haben die Vereinten Nationen eine historische Chance, seit langem überfällige Reformen auf den Weg zu bringen. UN-Generalsekretär Kofi Annan hat diesen Moment als einen bezeichnet, der nicht weniger entscheidend sei, als die Gründung der UN. Wir empfehlen, daß die G-8 die Generalversammlung für ein zugeschnittenes Reformpaket, bestehend aus vier Kernbereichen, mobilisiert.

Wir, die ehemaligen Außenminister aus Europa, Kanada, Asien und den USA, machen uns ernste Sorgen über den derzeitigen Stand der internationalen Beziehungen und die Unfähigkeit der Staaten, sich zusammenzufinden, um gemeinsam die globalen Herausforderungen anzugehen. Von zentraler Bedeutung für die Verbesserung unserer Fähigkeiten, gemeinsame Probleme zu lösen, ist die Reform der Vereinten Nationen, in dem Sinne, daß das globale Konkurrenzdenken und die Spannungen durch einen Geist der Kooperation ersetzt wird.

Um ihr Potential als Kooperationsinstrument voll ausschöpfen zu können, müssen die UN umgehend und tiefgreifend reformiert werden. Die jüngsten Enthüllungen über Mißbräuche beim Programm ›Öl für Lebensmittel‹ zeigen diese Notwendigkeit deutlich. Die UN müssen ihre Verpflichtung auf eine bessere Selbstkontrolle demonstrieren, indem sie auf der höchsten Ebene Probleme wie innerorganisatorische Inkonsistenzen und eine ineffektive Verwaltung angehen. Auf einer solcherart reformierten UN-Führungsstruktur aufbauend, schlagen wir ein Reformpaket für die erste Phase vor, aufgeteilt in die folgenden vier Kernbereiche: Menschenrechte, Sicherheit, Demokratie und Entwicklung.

Wir empfehlen, daß die Generalversammlung diese Vorschläge im September als einen ersten Schritt zur Stärkung der UN und als Wegbereiter für weitere Reformen annimmt. Eine Unterstützungskampagne der G-8-Staaten ist für die Verabschiedung unseres vorgeschlagenen Pakets von entscheidender Bedeutung.

Menschenrechte

Im Bereich Menschenrechte befürworten wir das Konzept der ›Verpflichtung zur Prävention‹ (Duty to Prevent) durch die Schaffung eines UN-Menschenrechtsrats, der die bestehende Menschenrechtskommission ersetzt. Sie ist durch die Zusammensetzung ihrer gegenwärtigen Mitgliedschaft diskreditiert. Das Ansehen der Kommission wurde irreversibel beschädigt, da sechs der 53 Mitgliedstaaten laut ›Freedom House‹ zu den repressivsten Gesellschaften der Welt gehören. Der neue Rat würde von seinen Mitgliedern verlangen, daß sie gewisse Voraussetzungen erfüllen. Eine Voraussetzung wäre zum Beispiel, daß ein mit Sanktionen belegtes Land nicht Mitglied sein könnte.

Sicherheit

Der Bereich Sicherheit ist wahrscheinlich der politisch brisanteste. Unsere Empfehlung ist, sich auf die Einrichtung einer Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission) und eines Fonds zu konzentrieren, die auf die Verknüpfung von Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet sind und sich der Bedürfnisse von Post-Konflikt-Staaten annehmen. Des weiteren sollten die UN-Mitgliedstaaten die sich jetzt bietende Chance nutzen, Terrorismus zu definieren, indem sie die Definition des UN-Generalsekretärs annehmen. Das Versagen, bis heute keine Definition entwickelt zu haben, auf die sich alle einigen können, hat die diplomatischen Beziehungen

belastet und die globalen Bemühungen bei der Bekämpfung des Terrorismus gehemmt. Die UN-Mitgliedstaaten sollten auch auf einen besseren Schutz gegen die nukleare Proliferation hinarbeiten, indem sie das Zusatzprotokoll der IAEA annehmen. Dieses Konzept bis zu seiner vollständigen Anerkennung als Arbeitsgrundlage und Standard der internationalen Diplomatie zu fördern, wird zu diesem entscheidenden Zeitpunkt der großzügigste Beitrag sein, der für unsere Suche nach einer gemeinsamen friedlichen Zukunft geleistet werden kann.

Umstrittener, aber von herausragender Bedeutung ist der Vorschlag, die im Entstehen begriffene Norm der ›Verpflichtung, Schutz zu gewähren‹ (Responsibility to Protect) anzuerkennen. Es hat sich ein Konsens herausgebildet, daß Souveränität nicht als Schutzschild für massive Gewaltakte (wie in Sudan) benutzt werden darf. Die internationale Gemeinschaft hat – durch die UN – die Verpflichtung, Menschen Schutz zu gewähren, wenn sie durch den Unwillen oder die Unfähigkeit ihrer Regierung, sie zu schützen, ernster Gefahr ausgesetzt sind. Natürlich wird die Umsetzung einer solchen ›Verpflichtung, Schutz zu gewähren‹ in der Praxis Probleme mit sich bringen, die noch nicht ganz gelöst sind. Durch die Anerkennung dieser Verpflichtung, wird jedoch zumindest ein rechtlicher Rahmen geschaffen, der Debatten ermöglicht.

Demokratie

Wir sollten die ›Gemeinschaft der Demokratien‹ (Community of Democracies – CD) stärken, indem ein ständiges Sekretariat für einen formalen ›UN-Demokratieausschuß‹ (UN Democracy Caucus) eingerichtet wird. Seit dem ersten Treffen der CD im Jahr 2000 wurde die Notwendigkeit eines Gegengewichts zu den traditionellen Bündnissen bekräftigt, von denen einige regelmäßig Resolutionen zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten blockieren.

Entwicklung

Im Bereich Entwicklung drängen wir alle entwickelten Länder darauf, sich zu verpflichten, bis 2015 die seit langem geforderten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Wir begrüßen den Vorschlag, eine internationale Finanzfazilität ins Leben zu rufen, die den sofortigen Beginn dieser Hilfe ermöglicht.

An diesem historischen Moment stimmen wir Annans Paketlösung zu, doch glauben wir, daß diese vier Bereiche der erste Teil dieses Pakets sein sollten. Die Unterstützung der G-8 in den kommenden Wochen ist von entscheidender Bedeutung für die Verabschiedung dieses Erste-Phase-Pakets. Die G-8 muß ihre Führungsrolle nutzen, um einen Stillstand zu vermeiden, der den UN und der internationalen Gemeinschaft Schaden zufügen würde.

Obwohl auch dieses weniger umfassende Paket außerordentliche politische Führungskraft und die Herstellung eines Konsens sowohl innerhalb als auch außerhalb der nationalen Regierungen erfordert, vertrauen wir darauf, daß dies eine Herausforderung ist, die die G-8 annehmen kann.

* Dieser Text ist die Übersetzung des am 8. Juli 2005 im *Wall Street Journal* erschienenen Beitrags.
Die Autoren sind die ehemaligen Außenminister beziehungsweise Außenministerinnen der USA, Großbritanniens, Italiens, Kanadas, Spaniens und Thailands.